

mehr geben. In München sind in Sachen Eulenburg-Molke neuerdings wieder acht hohe Aristokraten vernommen worden, von denen mehrere schon seit Jahren auf der politischen Liste der Homosexuellen verzeichnet sind. Einfach schändliche Situation. So empfindet auch die „Deutsche Tageszeitung“, sie führt:

Wahrscheinlich wird also Herr Garden noch einmal Gelegenheit haben, sein ganzes Material gegen den Grafen Runo Molke der Strafkammer vorzulegen. Und da er behauptet, inwieweit neues für den Grafen Molke ungenügendes Material erhalten zu haben, so kann noch niemand absehen, ob es ihm nicht doch gelingen wird, auch in dieser Sache noch eine vorteilhaftere Position zu erlangen.

Für den Grafen Runo Molke wäre diese „vorteilhaftere Position“ recht unvorteilhaft. Graf Runo Molke behauptete bekanntlich mit Phill Eulenburg bloß „ideale Männerfreundschaft“ unterhalten und von den sexuellen Ausschreitungen seines Freundes und einiger Freunde seines Freundes, die auch seine Freunde waren, in fünfundzwanzigjähriger Bekanntschaft nichts bemerkt zu haben. — In der „Tägl. Rundschau“ prophezeit Rippler Klagenb eine neue Schmutzaffäre für den Sommer 1908. Und in der Tat müßte manche „vornehmste Gesellschaft“ schon längst im Schmutz erstickt sein, wäre sie nicht gewöhnt, in ihm zu leben!

Preussische Spindel — russische Ehrenmänner!

Der bekannte polnische Güteragent Wiedermann hatte vor einigen Tagen an der russischen Grenze ein Abenteuer zu bestehen, das ihm selber wenig Schade, der preussischen Polizei aber noch viel weniger Ehre brachte. Wiedermann hatte, wie bekannt, eine eilige Reise nach Warschau vor und benutzte, weil er keinen eigenen hatte, einen fremden Paß. An der Grenze wurde er von der russischen Behörde angehalten, die ihn jedoch auf die höflichste Weise behandelte und ihm nach ein paar Stunden, die er im Hotel verblieben mußte, die Weiterreise nach Warschau gestattete. Vor dem Abschied teilte ihm der russische Beamte mit, daß die Denunziation wegen des falschen Passes von preussischer Seite erfolgt sei. Ein preussischer Polizist hatte Wiedermann heimlich an die Grenze begleitet und ihn dort der russischen Behörde preisgegeben.

Wiedermann ist preussischer Staatsangehöriger. Die preussische Behörde faßt ihre Aufgabe, die Staatsangehörigen im Auslande zu schützen, offenbar recht sonderbar auf, wenn es sich um politische Gegner der Regierung handelt. Selbst die russischen Grenzbeamten stehen einer solchen Methode verständnislos gegenüber, denn sie haben, indem sie sich auf die notwendigsten Feststellungen beschränken, den edlen Preussen eher die denkbar verächtlichste Zurückweisung erfahren lassen. Dafür verdienen sie einen hohen russischen Orden; denn durch ihr kluges Verhalten haben sie vier Millionen preussischer Untertanen den Gedanken nahegebracht, daß die Russen immer noch besser sind als die Preußen. Was verdient aber die preussische Polizei für ihren neuesten Streich? Höchstens eine Belobigung wegen der moralischen Fortschritte, die sie in den letzten drei Jahren gemacht hat. Jetzt hält sie so streng auf Echtheit der Auslandspässe, daß sie sich nicht scheut, preussische Staatsbürger wegen Benutzung falscher Pässe an die Kojaten auszuliefern. Vor drei Jahren aber hat sie selber — siehe Fall Schöne-Brochhausen — einen falschen Paß für einen russischen Kaufmann fabriziert, den sie unter Androhung seiner Ausweisung aus Preußen zur Begehung des Verbrechen des Landesverrats an seinem eigenen Vaterland verleitete wollte.

Zentrumsmann und Wahlrechtsfeind.

Wie dem „Hann. Kur.“ aus dem Landtagswahlkreise Heiligenstadt-Worbis gemeldet wird, hat das dortige Wahlkomitee der Zentrumspartei seinen Wahlaufruf für die Kandidaten v. Strombeck und Courneau nicht in dem offiziellen Zentrumsorgan in Heiligenstadt, der „Mitteldeutschen Volkszeitung“ (Stichfeldts), veröffentlichten können, sondern zu der „Dingelstädter Zeitung“, einer mit besonderem Kopfe für Dingelstädt erscheinenden Ausgabe des „General-Anzeiger“ in Mühlhausen, seine Zusucht nehmen müssen. Das offizielle Zentrumsorgan hat sich nämlich einer Gegenströmung angeschlossen, die von Leinfelde ausgeht und den bisherigen Vertreter des Wahlkreises, v. Strombeck, beiseitigen möchte. Nach dem „Hann. Kur.“ soll die Gegenströmung so stark sein, daß die Wiederwahl v. Strombecks zweifelhaft wäre.

Der bisherige Abgeordnete v. Strombeck gehört zu jenen Mitgliedern der Zentrumsfraktion, die sich geweigert haben, den Antrag auf Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts in Preußen zu unterzeichnen. Darum ist er auch der „Kreuzzeitung“ besonders ans Herz gewachsen, und heftig fährt sie gegen das angeblühete Haupt der Gegner Strombecks, den Abg. Erzberger, los, indem sie schreibt:

Es ist ein recht seltsames Beginnen eines Teiles seiner Wähler, diesen langjährigen, im parlamentarischen Dienste ergangenen Kämpfer für die Partei zuzumuten, daß er sich dem jüngsten, recht vorlaut auftretenden Parteigenossen anbequeme, also gewissermaßen unterordne. Man erwartet aus diesem Vorgange wieder einmal, wie fast der Zug ins absolute beim Zentrum, zu dessen eifrigsten Befürwortern der Abgeordnete Erzberger gehört, im Wachsen begriffen ist. Beim weiteren Fortschreiten auf diesem Wege kann sich die Partei nur mehr und mehr gerade ihre besten Elemente aufreiben.

Unter den „besten Elementen“ versteht die „Kreuzzeitung“ natürlich die sogenannte Fraktion Strachwitz, die Partei der katholischen Junker, zu der auch Herr v. Strombeck gehört. Die Wiederkehr dieser Gruppe in den Landtag, die Herr Erzberger aus guten Gründen, aber ohne Aussicht auf Erfolg, zu verhindern sucht, wird den ehrlichen Arbeitern zeigen, daß man demokratische Politik, und alle Arbeiterpolitik ist notwendig demokratisch, nicht mit dem Zentrum, sondern nur mit der Sozialdemokratie machen kann.

Konservative Kandidaturen in Berlin. Die Konservativen beabsichtigen nun doch noch im 12. Berliner Landtagswahlbezirk (Wobau) den Rechtsanwalt Ulrich und im 1. Wahlbezirk einen Herrn Köhler als Kandidaten für die bevorstehende Landtagswahl aufzustellen. In den übrigen Bezirken ist die Kandidatenfrage noch nicht gelöst, wahrscheinlich wählt man im ersten Wahlgange schon die fernsinnigen Parteigenossen.

Himmliche Durchführung über den Peterspfennig. Die bayerischen Zentrumsblätter veröffentlichen einen sehr lebhaft gefärbten „Anruf an die Katholiken Bayerns“ zugunsten des Peterspfennigs.

Jeder größere Staat erhebt Steuern, um die wachsenden großen Bedürfnisse seiner Zentralverwaltungen zu decken. Der Papst vertraut auf die Liebe der Gläubiger, die ihm durch die freiwilligen Beiträge zum Peterspfennig die Mittel bereitzustellen wird, deren er bedarf. Im Buche des Lebens wird jeder dem Papste gespendete Pfennig gewissenhaft verzeichnet und für die Tätigkeit dem lebendigen Gedächtnis einer höheren überirdischen Macht anvertraut werden.

An wie niedrige Instinkte appelliert das „glühende Christentum“, wenn es seinen Schäflein Draht abspinnen will!

Die Damen des Regiments. In der „Augsburger Abendzeitung“ ist zu lesen: „Bei einem frühlichen Manöverregimente am Siege einer Regierung — es handelt sich um Ansbach — kommt es seit einiger Zeit vor, daß die Eskadron beim Einrücken vom Exerzieren mit mehreren Damen begleitet wird. Die betreffenden Damen reiten in der geschlossenen Eskadron, voraus einige Mannschaften, dann die Damen, hinter diesen die Musikkapelle, dann folgt die ganze Eskadron an der Spitze, wie sie eben von der Übung weg sich befindet. Roff und Reiter, welche vielleicht schon seit Morgengrauen im Dienste waren, wäre es vielleicht angenehmer, auf dem kürzesten Wege in die Kaserne geführt zu werden, anstatt auf noch am vormittags 10 Uhr eine längere Fensterpromenade auf den gepflasterten Straßen der Stadt, unter den Klängen der Musik (Goldadermarsch u. s. w.) und unter Vorantritt mehrerer Damen unfreiwillig mitzumachen, um dann, noch mehr ermbitt, endlich in die Kaserne geführt zu werden. Da es den Einsehen dieses Regiments trotz einiger ihnen eigenen Feindschaft von Gehegestellen nicht gelingen konnte, irgend eine kriegsmilitärische Entschließung oder einen begünstigten Urlaub zu finden, welche den oben beschriebenen Vorgang für gerechtfertigt erscheinen lassen, so wenden sie sich an die Öffentlichkeit, vielleicht vermöge ja eine solche Bestimmung nachzuweisen.“

Mittelungen des liberalen Blattes Ringen unglücklich. Jedenfalls hat die Öffentlichkeit ein Recht darauf, die sofortige Abstellung derartiger Mißbräuche und eine Erlöse zu erwarten. Dazu dienen die Soldaten wirklich nicht, um einigen Amazonen das Geleit zu geben. Die „Augsb. Abendzeitung“ urteilt offenbar milde. Denn die Notiz findet sich an einer versteckten Stelle des Blattes — als Sprechsaalartikel! Und zu diesem „Eingekant“ weiß das sonst so redselige liberale Blatt selbst gar nichts zu sagen!

In Koburg-Gotha haben die Wahlmännerwahlen für den Landtag stattgefunden. Im Bezirk Koburg ist die Wahl der bürgerlichen Kandidaten wahrscheinlich, doch muß in der Stadt Koburg in allen Bezirken noch eine zweite Wahl stattfinden. Für den gothaischen Landtag sind als gewählt anzusehen: 5 Agrarier, 2 Nationalliberale, 5 Freisinnige und fünf Sozialdemokraten. Zwei Wahlen sind noch unentschieden, die Genossen werden ihren Beststand behaupten.

Das Wolgast, vom Schauplatz der Zusammenstöße zwischen Soldaten und Arbeiter. Ein von der Menge durch Steinwürfe verletzter Wundarm ist gestorben. In der Stadt herrscht große Erbitterung über das rücksichtslose Einschreiten des Militärs. Die Zahl der Streikenden beträgt 215. Die Aufnahme neuer Verhandlungen mit der Zementfabrik steht in Aussicht.

General-Ordnungskommission. Wäre Preußen ein Volksstaat, dann wäre eine Einrichtung, wie es die General-Ordnungskommission in vollkommener eintrefflich. Der monarchische Staat aber muß Mittel haben, um Leute, die sich ein besonderes Verdienst um die Wohlfahrt erworben haben, mit Auszeichnungen zu versehen. Geld kann man ihnen nicht bieten, denn das haben andere Leute auch, und überdies kann es doch nicht gut sichtbar getragen werden, deshalb legt es Orden und Sterne. Bei festlichen Anlässen wird dann der Ordenstod damit geschmückt und der simple Mensch meint, daß der mit einem Orden Belastete auf einer höheren Stufe der Menschlichkeit steht. Das Ordenswesen hat in Preußen eine eigene Verwaltung mit einem besonderen Etat. Die Einnahmen bestehen in den zurückerhaltenen alten Ordensinj. gien, die verrentlich veräußert werden. Das bringt im laufenden Jahre 17.700 Mark, dazu kommen noch diverse Einnahmen in Höhe von 62 Mark, so daß eine gesamte Einnahme von 17.762 Mark zu verzeichnen ist. Dieser Einnahme steht gegenüber eine Ausgabe von 308.250 Mark. An der Spitze der bediensteten Beamten steht ein Bureauchef mit 6000 Mark Gehalt und freier Dienstwohnung. Solange er eine solche nicht hat, bezieht er bis 1500 Mark Nebenentschädigung. Die Expedienten erhalten 3000 bis 6000 Mark Gehalt, die Sekretäre 1800—3800 Mark, zwei Kanzleibekler je 1200—1800 Mark und sämtliche Angestellte Besoldungsgeld. Für Reisegelder und Geschäftsbedürfnisse sind eingestellt 10.510 Mark für Anschaffung und Unterhaltung der Ordensinj. gien 200.000 Mark. Dieser Etat wird in beiden Häusern des Landtages ohne Debatte erledigt, denn die meisten der Herren haben getriebe Sehnsucht, auch mal das ins Ansehn zu bringen. Der aber opponiert, der hat nichts zu erwarten.

Gericht gekriegt. Zwischen dem Grafen von Schlichtgen von Görz und der Stadtgemeinde Schlichtgen ist den „Berliner Neuesten Nachrichten“ zufolge durch Vermittelung der großherzoglich hessischen Regierung eine Einigung herbeigeführt worden, so daß der frühere Zustand zwischen beiden nach Erledigung unwichtiger Formalitäten wieder hergestellt werden wird. Der alte Zustand wieder hergestellt, das bedeutet, die Gemeinde hat sich wieder unter des Grafen Joch gebeugt.

Um Garand und Haedel. Im Sonnabend fand vor der ersten Strafkammer des Landgerichts II die Verhandlung über die gegen den Advokaten Dr. Heinrich Hagena erhobene Anklage wegen Vergehens gegen § 166 des Strafgesetzbuchs. Dr. Hagena ist in einer Nummer der von ihm herausgegebenen Wochenchrift „Das Volk“ das Verbot der Häher von Garand, Bölsche, Haedel und anderen durch die kaiserliche Regierung und die Reichsregierung dieses Verbotes durch den Kultusminister scharf verurteilt und die hinter dem Verbot stehende außerordentliche Richtung angegriffen. Unter den Jüngern ist Harzer a. D. Mannmann. Der Staatsanwalt beantragte den Ausschluß der Öffentlichkeit. Das Gericht beschloß aber, diesen Antrag abzulehnen. Darauf wird der inkriminierte Artikel „Der Staatsminister v. Halle“ verlesen, in dem der Staatsanwalt eine Verleumdung der evangelischen Landeskirche erblickt. Dr. Hagena wandte sich energisch gegen diese Verurteilung und führte aus, daß er nicht die Landeskirche, sondern nur einen kleinen Kreis, den der Orthoboren und Pietisten habe treffen wollen, da diese nach seiner Ansicht der kaiserlichen Regierung treu ergeben hätten. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten eine Woche Gefängnis. Justizrat Dr. v. Gordon plädierte für Freisprechung.

Nach längerer Beratung des Gerichtshofes verurteilte der Vorsitzende das Urteil. Es lautet auf Freisprechung des Angeklagten. Die Kosten werden der Staatskasse auferlegt. Auch diese Aktion war also verunglückt.

Ausland.

Tausend ohnmächtige Kinder — als Rattenhulbigung. Man schreibt dem „Paradise“ aus Wien: „Frang Josef hatte sich ausdrücklich bedungen, daß sein Regierungshuldium durch Festlichkeiten geleitet werde. Aber die Patrioten ernteten sich härter als der Kaiser. Vorgefunden wurde vor dem Schöbrunner Schloß ein Kinderfestzug veranstaltet, an dem 80.000 kleine Schulkinde teilnehmen mußten. Es war vorausgesehen, daß diese Huldigung von schweren Unfällen begleitet sein werde. In dem weiten Park des Schöbrunner Schloßes fanden 80.000 Kinder vier und fünf Stunden lang der greiften Sonnenhitze preisgegeben, ohne einen Schutzhülbigung vom frühen Morgen bis in den späten Nachmittag zu sich nehmen zu können, dabei zur forschenden Bewegung zum Hochrufen, Fahren- und Lächerlichkeiten unterbrochen angeleitet. Der alte Kaiser sah das festliche Spiel vom Balkon seines Schloßes eine Zeitlang mit an, ließ sich von diversen kleinen Kindern einige Worte vorbekannteren und verteilte sobald als möglich den Schaulust der erzwungenen Anberdemonstranten. Nicht weniger als tausend Kinder wurden unwohl oder ohnmächtig, mußten von den Sanitätsmannschaften weggeführt werden, und noch demeter Kinderhulbigung sah es im Schöbrunner Park aus wie nach einer Schlacht. Es fehlten Betten, es fehlten Matrasen, es fehlten Kompressen, es fehlte Wasser. Die patriotischen Eltern werden an diese traurige Kinderhulbigung noch lange denken. Was liegt an tausend ohnmächtigen Kindern, wenn doch tausend halbtote Orbenausgeschungen zu ergattern sind.

Englisches Armenelend. Die Absicht der Regierung, die Armenempfänger von der vorgeschlagenen Altersrente auszuschließen, ruft Proteste hervor, in denen die Frage weiterer Arbeiterbeschäftigung eine wichtige Bedeutung erfaßt. So schreibt man dem liberalen Organ, daß die Herbeiführung einer bestimmten Zeit ohne Bezug öffentlicher Unterstützung fast ausschließlich als Dankarbeiter von der Rente auszuschließen. Es ist keine Überhebung, daß sie fast alle vor dem 70. Jahre armenunterstützung bedürftig werden: sie haben keine Erträge außer der Unterstützung. In unserem Dorfe gibt es 17 männliche und weibliche Armenempfänger über 70 Jahre. Sie fragen natürlich, wie sie jemals die Rente erhalten und so dem Schicksal der Armenempflüge entgegen können. Und ein anderer Einwohner erklärt, daß für die Armen außerhalb des Armenhauses die Rente nicht sei, um sie einem Zustand des halben Verhungerns zu entziehen. In dem Waldon-Distrikt von Essex leben 47.000 Menschen in 82 Straßen. Darunter sind 138 Ehepaare von 70 Jahren und älter, deren Einkommen mit Erbschaft der Armenunterstützung von 2/3 bis 4/5 Schilling nicht mehr als 6 Schilling wöchentlich für beide beträgt.

Unter solchen Verhältnissen, die ein scharfes Schwert zugleich auf Landarbeitelend und Elend der Armenempflüge werfen, erscheint das Altersrentenprojekt fast als eitel Hundung. Nicht nur, daß die Altersrenten von 70 Jahren nur wenige Nutzerinhaber überhaupt der Unterstützung teilhaftig werden läßt: der Ausschluß der Armenempflüge schließt gar von diesen noch den größten Teil und die Altersbedürftigen völlig aus. Warten wir ab, ob es der Kritik namentlich der Arbeitervertreter gelingen wird, solche schändliche Zustände zu befestigen, oder — wie ein dritter schreibt — das reichste Land der Welt Geld genug hat, um die Ärmsten wenigstens vor der äußeren Not zu bewahren.

Die neue Wundpolitik in Frankreich. Als aufstrebenden Charakter der verflochtenen Partei mit der Gemeindefürsorge kennzeichnet Genosse Dubreuil im „Peuple“ den engen Zusammenschluß der bürgerlichen Parteien gegen die vereinigten Sozialisten. Ganz nach dem Wunsch der rechtsliberalen Großbourgeoisie haben die Radikalen sich nicht nur mit dieser, sondern sogar mit den nationalistischen Reaktionskräften zusammen getan und zu den Sozialisten die Parole ausgegeben: unter allen Umständen gegen die Sozialisten! Man sieht, ganz tote bet die verschiedenen Gruppen des Bürgerturns werden durch die Gefährdung des Profits selbst, wie der drohende Sozialismus sie mit sich bringt, rasch ausgeglichen — samt den Streikkräften der Politik und der Weltanschauung. So ergibt sich die Abkantung der radikalen Regierungspartei die Aufhebung der bürgerlichen Demokratie, deren führende Elemente Ansehens noch reichlich suchen, während ein Teil ihrer Anhänger aus dem Scheitern der Demokratie und die Arbeiter den Weg zur kommunistischen Demokratie finden. Und die sozialistische Einigkeit wird von Tag zu Tag gestärkt durch den Zusammenstoß der Gegner. Diese Einigkeit erfordern die Ereignisse von uns mehr als je. Wir wären zu ihr bereit, selbst wenn wir sie nicht wollten. Aber wir wollen sie mit unserer ganzen Kraft und werden sie verteidigen als das kostbarste unserer Güter.

Ministerverantwortung in Dänemark. Auf der Tagesordnung des Volkebings stand am Sonnabend ein Antrag der Sozialdemokraten auf Entziehung einer parlamentarischen Kommission zur Untersuchung der Amtsführung des Justizministers Albert. Auf Antrag des Vorsitzenden der Regierungspartei miß das Folketing mit 58 gegen 25 Stimmen den sozialdemokratischen Antrag ab.

Anzusehende Amerikaner. Der frühere Schachmeister Shaw hielt auf einem Bankett einer kaufmännischen Vereinigung eine Rede, die wegen ihrer unerkennbaren Spitze gegen den Präsidenten Roosevelt großes Aufsehen erregt. Er sagte, es sei sehr bedauerlich, daß in den Vereinigten Staaten die Entfaltung der Nation, die Regierung des Landes einem Diktator anzuheben. „Die Lage“, sagte er, „ist voller Gefahren. Die Lage nähert sich dem Punkte, wo ein ehrgeiziger und kampfloser Präsident in einer neuen Zukunft sich auf unbegrenzte Dauer im Amt halten kann, indem er sich die Unterstützung der Geldhölzer für den politischen Schatz ihrer Interessen erkaufte.“ Vielleicht sieht Herr Shaw etwas zu schwarz. Denn auch in Amerika reichen die Kräfte heran, die dem Diktatorposten ein Ende machen.

Militerarismus. Wie man dem „Deutschen Volksblatt“ berichtet, sollen die Mannschaften des 59. Infanterieregiments in Salzburg, welche außerhalb der Kasernen über den bekannten Gewaltmarsch der Salzburger Garnison gesprochen und dadurch zur Information der Zeitungen beigegeben haben, sowie die Offiziere des Regiments, welche aus „Menschlichkeit“ ihren Mannschaften eine Raß gewährten, befreit und die Mannschaften, welche sich beim Marsch marode gemeldet hatten, zum Abschließen verurteilt worden sind.

Der Militarismus will seine Opfer unter Androhung der Öffentlichkeit umbringen. Wer sein Gelbentel verrot, kommt ins Gefängnis.

Kleine Auslandsnachrichten.

Die freitenden Fleischgeschlachten in Surabaya begannen nach bürgerlichen Blättern Sonnabend Abend große Streikbewegungen. Mehrere Fleischgeschlachten wurden mit Steinen bombardiert. Das Geschäft des Großschlächters Cassali wurde mit Revolvern beschossen, wobei zwei Personen schwer verletzt wurden. — Der portugiesische Finanzminister brachte im Abgeordnetenhaus eine Vorlage ein, welche das jährliche Abgabe des Abzugs Ranneel auf dieselbe Höhe zu bringen, wie die des Abzugs Carlos. Carlos hatte nämlich 865 Kontos Reis. In derselben Vorlage wurde die Frage der Verschärfung gestellt, welche von dem Schatzamt an das königliche Haus gemacht worden sind. — Der neue Herr macht also trotz seiner Jauch auch nicht blüher.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 25. Mai.

Die gerechte Abstufung des Dreiklassenwahlrechts... Der Oberpräsident der Provinz Schlesien...

Der Landeshauptmann von Schlesien Freiherr von... Die rote Linie. Ein Bergmann im Bezirk Schlächtern...

Schauspielhaus. Am 1. Juni beginnt die Sommer... Breslauer Sommer-Theater (Viehhofs-Stabliement).

In den Ringkämpfen im Viehhofs-Stabliement... Die Durchlegung der Bahnhofsfrage.

Die Durchlegung der Bahnhofsfrage. Nachdem die... Das 100 Kilometer-Radrennen am Sonntag wurde...

Die Durchlegung der Bahnhofsfrage. Nachdem die... Die Durchlegung der Bahnhofsfrage.

Die Durchlegung der Bahnhofsfrage. Nachdem die... Die Durchlegung der Bahnhofsfrage.

Die Durchlegung der Bahnhofsfrage. Nachdem die... Die Durchlegung der Bahnhofsfrage.

Die Durchlegung der Bahnhofsfrage. Nachdem die... Die Durchlegung der Bahnhofsfrage.

Die Durchlegung der Bahnhofsfrage. Nachdem die... Die Durchlegung der Bahnhofsfrage.

Die Durchlegung der Bahnhofsfrage. Nachdem die... Die Durchlegung der Bahnhofsfrage.

Die Durchlegung der Bahnhofsfrage. Nachdem die... Die Durchlegung der Bahnhofsfrage.

Die Durchlegung der Bahnhofsfrage. Nachdem die... Die Durchlegung der Bahnhofsfrage.

Die Durchlegung der Bahnhofsfrage. Nachdem die... Die Durchlegung der Bahnhofsfrage.

Die Durchlegung der Bahnhofsfrage. Nachdem die... Die Durchlegung der Bahnhofsfrage.

Die Durchlegung der Bahnhofsfrage. Nachdem die... Die Durchlegung der Bahnhofsfrage.

Eine empfindliche Verkehrshinderung... Vom Gewerbe der Rechtskonsulenten.

Die Handenplage macht sich... Achtung, Schmiede und Messerschmiede!

Die Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter... Die Bäckergehilfen veranstalten Dienstag...

Verlorenes Verbandsbuch. Dem Anschläger Alfonso... Einbruch. Bei einem Fleischermeister auf der Sadowa...

Straßenperrung. Wegen Beschädigung mit Holzplanken... Vorwärts beim Verkauf von Fleischwaren.

Fliederdiebstahl im Großen betrieben ein Arbeiter... Kleine polizeiliche Meldungen.

14. Mitteilung. Für den Landtags- und Stadtverordneten-Wahlfonds...

Sammelelisten sind im Parteisekretariat... Breslauer Schauspielhaus.

Der Weineidbaner. Volksfest in 7 Bildern mit Gesang... Auf den Pfarrer von Kirchsiedl...

Die Durchlegung der Bahnhofsfrage. Nachdem die... Die Durchlegung der Bahnhofsfrage.

Die Durchlegung der Bahnhofsfrage. Nachdem die... Die Durchlegung der Bahnhofsfrage.

Die Durchlegung der Bahnhofsfrage. Nachdem die... Die Durchlegung der Bahnhofsfrage.

Die Durchlegung der Bahnhofsfrage. Nachdem die... Die Durchlegung der Bahnhofsfrage.

Die Durchlegung der Bahnhofsfrage. Nachdem die... Die Durchlegung der Bahnhofsfrage.

Die Durchlegung der Bahnhofsfrage. Nachdem die... Die Durchlegung der Bahnhofsfrage.

Die Durchlegung der Bahnhofsfrage. Nachdem die... Die Durchlegung der Bahnhofsfrage.

Die Durchlegung der Bahnhofsfrage. Nachdem die... Die Durchlegung der Bahnhofsfrage.

Die Durchlegung der Bahnhofsfrage. Nachdem die... Die Durchlegung der Bahnhofsfrage.

Die Durchlegung der Bahnhofsfrage. Nachdem die... Die Durchlegung der Bahnhofsfrage.

Die Durchlegung der Bahnhofsfrage. Nachdem die... Die Durchlegung der Bahnhofsfrage.

Diese Wirkung durch die Darstellung... Die Erinnerung an die Kommune.

Francis Coppée. Paris, 25. Mai. (S. L. B.) Stärker als in den Vorjahren...

Die belgischen Wahlen. Brüssel, 25. Mai. (S. L. B.) Bei den gestrigen Wahlen...

Wärzburg, 25. Mai. Die Großkaufmannswitwe Schreiber... Seefemünde, 25. Mai. (S. L. B.) In einem Hause der...

Madrid, 25. Mai. (S. L. B.) Bei der gestrigen Bomben-... Rom, 25. Mai. (S. L. B.) Das Agitationskomitee von...

Die Durchlegung der Bahnhofsfrage. Nachdem die... Die Durchlegung der Bahnhofsfrage.

Die Durchlegung der Bahnhofsfrage. Nachdem die... Die Durchlegung der Bahnhofsfrage.

Die Durchlegung der Bahnhofsfrage. Nachdem die... Die Durchlegung der Bahnhofsfrage.

Die Durchlegung der Bahnhofsfrage. Nachdem die... Die Durchlegung der Bahnhofsfrage.

Die Durchlegung der Bahnhofsfrage. Nachdem die... Die Durchlegung der Bahnhofsfrage.

Die Durchlegung der Bahnhofsfrage. Nachdem die... Die Durchlegung der Bahnhofsfrage.

Die Durchlegung der Bahnhofsfrage. Nachdem die... Die Durchlegung der Bahnhofsfrage.

Die Durchlegung der Bahnhofsfrage. Nachdem die... Die Durchlegung der Bahnhofsfrage.

Die Durchlegung der Bahnhofsfrage. Nachdem die... Die Durchlegung der Bahnhofsfrage.

Die Durchlegung der Bahnhofsfrage. Nachdem die... Die Durchlegung der Bahnhofsfrage.

Die Durchlegung der Bahnhofsfrage. Nachdem die... Die Durchlegung der Bahnhofsfrage.

Die Durchlegung der Bahnhofsfrage. Nachdem die... Die Durchlegung der Bahnhofsfrage.

Die Durchlegung der Bahnhofsfrage. Nachdem die... Die Durchlegung der Bahnhofsfrage.

Die Durchlegung der Bahnhofsfrage. Nachdem die... Die Durchlegung der Bahnhofsfrage.

Die Durchlegung der Bahnhofsfrage. Nachdem die... Die Durchlegung der Bahnhofsfrage.

Dienstag, den 26. Mai 1908.

Guts- und Amtsvorsteher als Urkundenfälscher und Betrüger.

Mit einem ungetreuen Parteigenossen in Erfurt gehen, wie am Sonnabend kurz mitgeteilt, gegnerische Blätter sehr viel haufen. Wir erwähnten schon dabei, daß sich auf einen solchen Sünden in unseren Reihen stets ein Schatz auf der Gegenseite zusammenstellen läßt. Nachstehende Mitteilungen des „Vorwärts“ werden das bestätigen.

Es ist bekannt, daß die Agrarier am allerwenigsten geneigt sind, irgend welche Lasten zu tragen. Als Inhaber von Gutsbezirken zum Beispiel verließen sie die Armen- und Schullasten mit einer erstaunlichen Virtuosität von sich abzuwälzen. Die Herren Junker sind nur ans Nehmen, aber nicht ans Geben gewöhnt. Selbst die sozialpolitischen „Lasten“ suchen sie sich vom Halse zu halten und sie schrecken dabei vor keinem Mittel zurück, wie eine Bekanntmachung des Fischhausener Kreisblattes beweist.

In Nr. 29 des „Fischhausener Kreisblattes“ finden wir folgendes Dokument:

Nr. 291. Bekanntmachung.
Der Vorstand der Landesversicherungsanstalt Thüringen hat bei dem Herrn Regierungspräsidenten zur Sprache gebracht, daß eine Anzahl der nach Biffer 1 der Ministerial-Anweisung vom 17. November 1899 mit dem Amt- und Gutsvorsteher in ihren Obliegenheiten von der Amt- und Gutsverwaltung abgesehen kommen lassen. Es ist eine große Anzahl von Quittungsarten, welche nach Anweisung der Aufrechnungsbestimmungen bei den genannten Stellen zum Umtausch abgeliefert sein müssen, erweisenermaßen bei der Versicherungsanstalt bisher eingegangen. In allen Fällen handelte es sich um Quittungsarten der eigenen Leute der betreffenden Guts- und Amtsvorsteher, so daß die Vermutung nahe lag, es sei die Verwendung der fälligen Beitragsmarken für die fraglichen Personen überhaupt unterblieben und lediglich die Ausfertigung der Aufrechnungsbestimmungen erfolgt, um sowohl der Versicherungsanstalt, wie auch den Versicherter gegenüber den Nachweis über Entrichtung der Beitragsmarken führen zu können. Durch ein solches Vorgehen gehen der Landesversicherungsanstalt zahlreiche Beiträge verloren, außerdem liegt aber, wenn diese Handlungen in rechtswidriger Absicht begangen werden, unzweifelhaft Urkundenfälschung und Betrug im Sinne des Strafgesetzes vor. Dieser Tragweite einer solchen Handlungsweise sind sich die Inhaber von Aufrechnungsstellen jedenfalls nicht bewußt gewesen.
Unter Hinweis auf Biffer XVI der oben angeführten Ministerial-Anweisung, die in der Sonderbeilage zu Bd. 51 des Amtsblattes für 1899 abgedruckt ist, mache ich sämtlichen Aufrechnungsstellen des diesseitigen Kreises die sorgfältigste Aufmerksamkeit und pünktliche Einreichung der umgelöschten Quittungsarten zur Pflicht.
Fischhausen, den 23. März 1908.

Der Landrat.

Das gegen Recht und Gesetz verstoßende Treiben ostpreussischer Amts- und Gutsvorsteher muß einen großen, die Landesversicherungsanstalt schwer schädigenden Umfang angenommen haben, sonst hätte sich der Landrat schwerlich zu dieser Bekanntmachung verstanden.

Deutlich sieht man, wie es die Herren Agrarier treiben, wie sie selbst vor Urkundenfälschung nicht zurückschrecken, um ihren Geldbeutel zu schonen. Und das sind die festesten Stützen von Thron und Altar!

In Preußen sind vor dem Gesetz alle gleich, sagt die Verfassung. Die ostpreussischen Urkundenfälscher und Betrüger kommen jedoch nicht ins Zuchthaus; man klagt sie nicht einmal an. Kein anderer als der Landrat selbst hätte die Strafverfolgung gegen die Gesetzesverleher beantragen müssen. Er hat es nicht getan. Er ist der merkwürdigen Ansicht, daß die Herren Amts- und Gutsvorsteher sich „der Tragweite einer solchen Handlungsweise jedenfalls nicht genügend bewußt gewesen seien“. Und wo ist der Staatsanwalt, der gegen die Amts- und Gutsvorsteher vorgeht?

Der Henkel-Prozess vor dem Reichsgericht.

Leipzig, 22. Mai 1908.

Der Andrang zur heutigen Verhandlung war nicht so stark wie gestern. Statt der Diener stehen heute Schuppleute an den Türen des Verhandlungslokales. Auf die letzten Ausführungen des Reichsanwaltes hatte Justizrat Sello nichts zu erwidern.

Justizrat Bernstein machte noch einmal die Feststellung, daß keine fortgesetzte Handlung vorliege. Nach dem Wortlaut des Urteils hatte der Angeklagte lediglich von vornherein den Willen, auf das perverbe Geschlechtsleben in dem Diebenberger Kreise hinzuwirken und dadurch die betreffenden Herren beim Kaiser ungebührlich zu machen. Dieser Wille sei nicht identisch mit der Absicht, Verleumdungen gegen den Nebenkläger zu veröffentlichen.

Der Reichsanwalt erwiderte darauf, daß die Absicht der Verleumdung nicht festgestellt werden brauche, daß aber der Vorsatz, ein fortgesetztes Verleumdungsgeschäft zu betreiben, festgestellt sei. Der Reichsanwalt beantragte auf Grund der gestern behandelten Prozeßfrage, betreffend die unberechtigte Vernehmung des Hofmeisters des Fürsten Eulenburg, Gerik, die Aufhebung des Urteils und Zurückverweisung der Sache an das Landgericht.

Hierauf ergriff der Angeklagte das Wort: Er fühle sich dadurch beschwert, daß er seinem ordentlichen Richter entzogen sei, und daß seine Wägen durch einen Federstich wertlos gemacht seien. § 423 der Strafprozessordnung sei nicht beachtet worden, da die Einstellung nicht durch das Urteil, sondern durch einen Beschluß ausgesprochen sei.

Beuge Hofmeister Otto Nolte habe über seine Unternehmung mit ihm ein sogenanntes Protokoll ohne seine (des Angeklagten) Mitwirkung angefertigt und sich als Zeuge darauf gestützt. Dieses Beweismittel, auf dem die Anklage und das Urteil sich gründe, sei unzulässig, ebenso unzulässig sei die Benutzung der Gesehlsungsakten Nolte.

Nach 1½ stündiger Beratung verkündete der Präsident Hr. v. Hilsm folgendes Urteil:

Es ist erkannt worden: das Urteil des 1. preussischen Landgerichts I zu Berlin vom 8. Januar 1908 wird aufgehoben und zur anderweitigen Verhandlung und Entscheidung die Sache an die vorige Instanz zurückgewiesen. Die Begründung

lautet: Zunächst hat der Senat Stellung genommen zur Frage, ob die Grundlage des ganzen Verfahrens unzulässig sei. Eine gerichtliche rechtskräftige Entscheidung von einem anderen Gerichte liegt in der vorliegenden Strafsache nicht vor. Von einer Verletzung des Grundgesetzes: „Kein Mann in dem Lande kann also nicht die Rede sein. Eine andere Frage war die, ob das zweite Verfahren bei der Strafkammer ab noch rechtskräftig war. Wenn das bejaht worden wäre, hätte die Tatsache der Aburteilung durch eine andere Strafkammer entgegengestanden, wie das Reichsgericht schon in den Entscheidungen im 29. Bande ausgeführt hat. Eine endgültige Einstellung konnte ohne weiteres dann angenommen werden, wenn das Privatklageverfahren in der vorgeschriebenen Form abgeleitet worden wäre in das Offizialverfahren, mit dem die Staatsanwaltschaft die Verfolgung übernommen hätte. Die Strafkammer hat aber in Uebereinstimmung mit der bisherigen Rechtsprechung in den Bänden 10 und 29 das bisherige Verfahren eingestellt, und ein neues erstinstanzliches Verfahren für zulässig erachtet. Ueber die Zulässigkeit dieses Verfahrens hat der erkennende Senat Bedenken getragen, sich auf die bisherige Rechtsprechung zu beziehen. Es läßt sich nicht verkennen, daß die Bestimmungen des § 417 der St.-O. eher für die entgegengesetzte Ansicht sprechen. Ferner kommt in Betracht, daß der § 417 dem Privatkläger das Recht gibt, an dem weiteren Verfahren als Nebenkläger teilzunehmen. Die Beteiligung ist aber nur dann gescheit, wenn das bisherige Verfahren seinen Fortgang nimmt. Endlich erweist bei der entgegenstehenden Auffassung der Strafkammer ab eine Mähe im Gesetz hinsichtlich der Kostenfrage. Dieser Bedenken ungeachtet hat der vorliegende Fall dem Senat keine Veranlassung, die Entscheidung der vereinigten Senate anzurufen. Denn der Ein-

wand der Rechtskräftigkeit stellt sich schon aus anderen Gründen als verfehlt heraus. Von einer formellen Rechtskraft des Einstellungsbeschlusses kann keine Rede sein, denn der Beschluß ist anzusehen als im Berufungsverfahren ergangen, nicht als im Beschwerdeverfahren. Derartige Einstellungen, welche mit einer unbefristeten Beschwerde angefochten werden können, werden, wie § 349 der St.-O. ergibt, ohne weiteres vollstreckt. Der Einstellungsbeschluss wurde also von vornherein voll wirksam. Wollte der Angeklagte nicht, daß in erster Instanz auf die erhobene öffentliche Anklage gegen ihn verhandelt wurde, sondern daß die Berufungsinstanz einschleibe, so mußte er den Einstellungsbeschluss anfechten. Das hat er nicht getan. Das eingestellte Verfahren war daher nicht rechtskräftig, als das Urteil erging, denn es gibt keinen Grund, nach welchem jedes Verfahren so lange rechtskräftig bleibt, bis eine formelle rechtskräftige Entscheidung in ihm ergangen ist. Was nun die Frage anbetrifft, ob das Strafgericht materiell mit Recht oder mit Unrecht angewendet worden ist, so ist solches herbeizuführen: Nach den Feststellungen des ersten Richters hat der Angeklagte in den inkriminierten Briefen dem Grafen Nolte den Vorwurf homosexueller Neigungen und homosexueller Verleumdung gemacht. Die Vorinstanz hat ohne Rechtsgrund in der Verbreitung dieser Behauptung die Verbreitung einer Lästigkeit erachtet, die geeignet war, den Nebenkläger Graf Nolte verächtlich zu machen. Sie hat auch ohne Rechtsgrund festgestellt, daß diese Behauptung nicht erweislich wahr, sondern erweislich unwahr ist.

Auch die Feststellung eines fortgesetzten Delikts ist rechtlich nicht zu beanstanden. Der Vorderrichter hat festgestellt, daß die Absicht des Angeklagten dahin gegangen sei, den Grafen Nolte nicht nur zu beschuldigen, sondern ihn zu beschuldigen durch Angriffe auf sein jetzliches Leben. Damit war der einschlägige Beschluß für das Weitergehen der Verleumdung gegeben. Mit Recht hat die Strafkammer ferner die Annehmbarkeit des § 193 verneint. Allerdings besteht für die Presse wie für jedermann das Recht, Missstände oder vermeintliche Mängel, die sich im öffentlichen Leben gezeigt haben, zu erörtern. Aber dieses Recht muß seine Schranke finden an anderen gleichwertigen Rechtsgütern, vor allem an dem Rechtsgut der Ehre. Der Ausgleich zwischen diesen Rechtsgütern darf nicht erfolgen auf Grund politischer, philosophischer oder rechtsphilosophischer Erwägungen, sondern er ist erfolgt im Gesetz durch § 193. § 193 erklärt Verleumdungen für strafflos, wenn der Täter aus einem berechtigten Interesse gehandelt hat. Die die Entziehung dieses Paragraphen angenommen hat, liegt dieses berechtigte Interesse nur vor, wenn es sich um eine Angelegenheit handelt, die den Täter besonders eng angeht. An dieser Voraussetzung fehlt es bei allgemeinen politischen Angelegenheiten, die den Angeklagten nicht näher angehen, als sie jeden Staatsbürger angehen. In solchen Fällen kann die Verbreitung unwahrer Tatsachen, die geeignet sind, einem anderen verächtlich zu machen, nicht strafflos sein. Die Bestrafung aus § 186 war daher nicht zu beanstanden.

Wesentliche Bedenken ergeben sich allerdings aus der letzteren Annahme, der Vorinstanz, daß neben § 186 auch noch der Tatbestand der einfachen Verleumdung aus § 185 vorliegen: Nach den Feststellungen des Vorderrichters ist in den Ausdrücken: „Süßer“ und „Sie haben es schon warm genug“ eine Anspielung auf die vollständige beschuldigende Bezeichnung „war in die Bräuer“ gesehen und damit eine formale Verleumdung behauptet worden. Diese Worte bilden aber nur einen Teil der in verächtlicher Form gemachten Mitteilungen, durch deren Verbreitung als durch die Verbreitung nicht erweislich wahrer Tatsachen der Angeklagte sich gegen § 186 St.-O. vergangen hat, indem er dem Grafen Nolte eines widerrechtlichen Geschlechtsverkehrs bezüchtigte. Der § 186 stellt sich als bei durch eine besondere hohe Strafe hervorzuhebende Fall der Verleumdung dar. Soweit § 186 in Frage kommt, kann der Tatbestand eines einfachen Verleumdung nicht daneben durch dieselbe Handlung begründet werden, und eine Latenzheit im Sinne des § 53 (Idealkonkurrenz) zwischen dem Vergehen des § 186 und dem des § 185 kann nicht bestehen. Das hat das Reichsgericht schon in früheren Entscheidungen ausgesprochen. Dieser Verstoß hätte nicht nur dazu geführt, die Verurteilung des Angeklagten wegen einfacher Verleumdung aufzuheben, sondern auch dazu, den Prozess zur anderweitigen Verhandlung in die Möglichkeit nicht beschränkt werden kann, daß das Maß der Strafe dadurch bestimmt worden ist. Eine Latenzheit zwischen § 186 und § 185 konnte also nicht angenommen werden.

Das Urteil war daher in weitem Umfang aufzugeben auf Grund der erhobenen Prozeßbeschwerden. Hier

Preussische Schulkultur.

Die geistige Höhe der „Schulbildung“, die im bürgerlichen Meßboden der arbeitenden Heloten der „notleidenden“ Arbeiterkinder gespendet wird, beweist mit entsetzlicher Klarheit das folgende Schreiben. Ein junger Mann in der westpreussischen Kreisstadt Dirschau, der sich schon instinktiv dagegen aufzumute, daß die Menschheit unter der schändlichen Schulordnung mit Füßen getreten wird, richtete diesen Brief zum Protest gegen die seiner Braut zuteil gewordene Behandlung an deren „gütige Herrschaft“:

Ergebte Mitteilung

Ergebte Madam

Ich bin gezwungen an in diesem Schreiben zurückzuführen den ich nun bereit greifen für meine Braut ihren Rechte ich in fragen wie lange die Arbeit bei ein Diensthofen lauter. So wie mir bewusst ist lauter das Deutsche Kaiserliche Reichs Arbeit Palagaw Gesetzgebung die ferner Arbeitstrennung und des Dienstpersonal nur von 7 Uhr früh bis 7 Uhr Abends. Niemand ist doch ein Diensthofen sein Schläbe der Amtant im Gehörungs und Zuchthaus hat seine freie Stunden die im Gehörungs zerschrieben.

Stens habe ich noch ein andern Artikel zu beschreiben ich bitte es mir ein für alle mal mich und meine Braut Sie nicht anzugehen den es keine befe folgen nach sich zu nehmen mit es noch einmal Vorwissen machen vom Kaminreiben so wie ich den Gezwungen mit in Madam häßlich Gehörungs zu Schreiden und sie werden mit dem Klare beweise auf der Hand darbring wo ich mich mit meiner Braut rumgetrieben oder des Gleichens mich und meine Braut schonst gesehen. Alles wünsche ich nicht für meine Ohren belomen den es keine für in ja nur befe folgen haben, den ich bin ein Mann der der deutschen Armee angehört sich nicht das Geballer haben wird und es würde auch in Schweren beweise darzubringen. Das bewerte ich mich von heute ab, sonst bin ich gezwungen mit in Madam Anderweitig zu sprechen den ich bin gezwungen meine Braut in Gehör zu nehmen da sie mit Ihre Mutter sie mir in meinen Gehör gegeben hat. Hoffentlich werden in diese dar zeilen genug ein sitares Bild darbringen und sich genug darnach zu richten und sich zu beirernen wissen.
Hochachtungsvoll
Ergebens R. R.

Dieses klassische Kulturbuchwerk stellt eine vernichtende Kritik der Bildungsreform der preussischen Musterstaaten und zugleich der durch die Schulordnung gesetzlich geschützten Schulverwaltung dar. Geradezu toll aber ist, daß der Staat, der sich mit Hilfe der freikommigen Hochschulen aus „nationalen“ Gründen sogar anmaßte, die Muttersprache eines großen Teiles seiner Bürger freiblich zu unterdrücken, solche Freiliche „deutscher“ Kultur produziert. Der Pole darf nach dem nun freikommig um 60 Prozent verschandelten Verrechnungsrecht öffentlich nicht mehr in seiner Muttersprache reden. Er soll das ihm von Natur fremde deutsche Idiom gebrauchen. Was diese „nationalen“ Unterdrückung des vornehmsten natürlichen Menschentums praktisch bedeutet, das lehrt uns diese briefliche Anklage gegen die preussischen Schulverbrechen. Sie erheit ihr besonders charakteristisches Gepräge durch die Tatsache, daß sie von einem deutschen, zweifellos nicht-unintelligenten, Arbeiter in der bürgerlich-kulturierten „Osmat“ erzeugt ist.

Das Danziger Zentrumblatt wagt aber noch die wertlose Schulreform dadurch an den Schandpfahl zu nageln, daß es diesen jeden ernsthaften Kulturfreund in heißer Seele schmerzenden Brief natürlich durch die Vermittlung der „christlichen Herrschaft“ als „humoristisches“ Beitrag veröffentlicht und den Schreiber „höflich“ verhöhnt.

Das Unwetter in Deutschland.

Schwere Gewitter mit Wolkendrücken und furchtbarem Hagelschlag gingen Freitag Abend zwischen 9 und 10 Uhr über Berlin nieder. In allen Stadtteilen kam es zu Kellerüberflutungen. Fortwährend liefen auf den dringlich Wachen der Feuerwehr Alarmierungen ein, so daß zeitweise die weißen Pfähle unterwegs waren. Namentlich in der ersten Nachtstunde meldeten sich auf den Feuerwachen unangenehm. Die Hilfe erlöseten; sie mußten aber immer abgewiesen werden, so fern nicht Personen in Lebensgefahr schwebten. Im ganzen ist die Woche Freitag Abend aber neunzigmal alarmiert worden. Brände sind in Berlin durch Blitzschlag nicht entstanden. Ganz besonders starke Verheerungen hat das Unwetter im Tiergarten und im Nordwesten Berlins angerichtet. Der Stier und der Kleine Stern waren in jähliche Seen verwandelt, und das Wasser stand 60-70 Zentimeter hoch. Die Automobile, die nicht vor und rückwärts konnten, standen hier im Wasser. Die Wege waren mit Müll-

blättern und ganzen Zweigen dicht bedeckt; in mehrere Dämme schlug der Blitz ein. In Moabit wurden durch die walnussgroßen Hagelkörner Hunderte von Fensterscheiben zertrümmert; die liegenden Straßendämme waren vollständig überflutet, so daß das Wasser in die Keller drang. Der Droschkenverkehr war fast eine Stunde vollständig lahmgelegt. Auch die westlichen Vororte wurden stark mitgenommen; das Getreide ist reichlich vollständig zertrümmert.

Ein schweres, mit Hagelschlag verbundenen Gewitter das in Leipzig am Freitag um 6 Uhr Abends eintraf, hat in der Stadt Schaden angerichtet. Zahlreiche Straßendämme und Fensterscheiben wurden durch walnussgroße Hagelkörner zertrümmert, auch Wald und Fluß wurden sehr gelitten. Schwere Folgen als in der Reichshauptstadt hatte das Unwetter in Mittel- und Westdeutschland. Ein Unwetter am 26. Mai in Halle a. S. meldet: Durch den Volksbrand wurden viele Straßen überflutet. In der Feldfrage drohen sechs Häuser einzustürzen. Die meisten gerettet werden. Die Mauer des Hofriedhofs wurde unterstellt und Abbrüche auf 50 Meter ein. Sämtliche Grabenwälder wurden zerstört. Der Blitz beschädigte auch den Turm der Johanniskirche. Auf der Eisenbahnstrecke Wien-Ramburg-Gröden erfolgte ein Dammbruch, so daß der Verkehr auf Thüringen über Wien und Sangerhausen geleitet werden mußte. Infolge großer Ueberflutungen bei Bad Sulza und im Saalegebiet mußten die Schiffe nach Halle über Sangerhausen umgeleitet werden. Die Strecke Leipzig-Eilenburg ist durch Unterspülung der Gleisbettung gesperrt.

Nach einer amtlichen Meldung aus Erfurt ist die Strecke Naumburg-Saalfeld zwischen den Stationen Ramburg-Dornburg-Pörsdorf infolge eines Volksbrandes unpassierbar. Weiter westlich aus Erfurt telegraphiert: Aus allen Teilen Thüringens laufen Meldungen über heftige Gewitter ein, die durch schwere Wolkendrücken und Hagelschauer bedeutenden Schaden in Fluß und Feld angerichtet haben. Das Saaletal war besonders hart heimgesucht, die Konfirmanden überfluteten und schwammen große Erdmassen zu Tal. Auch in Gotha war das Unwetter heftig. Weiter nach. In der Augustinische muß morgen der Gottesdienst ausfallen, da infolge von Ueberflutungen das Innere der Kirche verschlammmt und verlanden ist. Der Blitz hat an verschiedenen Stellen geschlagen. In Döbeln schlug der Blitz in den Besessal der Fabrik von R. und zündete. Es gelang aber, das Feuer Herr zu werden. In Rößbach wurde ein Landwirt vom Blitz erschlagen. Furchtbare Gewitter haben Donnerstag und Freitag in Koblentz gelobt. Früh 9 Uhr ging ein Gewitter mit starkem Hagelschlag nieder. Die landesweiten Gewitter traten Witter und

...nachdem die Rüge in Nr. 8 der Revisionschrift in ...

...die Rüge in Nr. 8 der Revisionschrift in ...

...die Rüge in Nr. 8 der Revisionschrift in ...

Partei-Angelegenheiten.

Die „hochgeschätzte“ sozialdemokratische Vertrauensmann ...

...nach einer Mitteilung sollen Sie als Vertrauensmann ...

Der Bescheid gemäß wird Genosse E. der Steuerbehörde ...

Arbeiterbewegung.

Zur Aussperrung in Wolfenbüttel. Die General-Aussperrung ...

Massenabwanderung in der Breslauer Maschinenfabrik. Die Firma Brown, Boverie & Co. in Wauheim hat den Arbeitern ...

...Tarifabschlüsse im Wäckergerwerbe. Ein Tarifvertrag für das Wäckergerwerbe ...

...Wegen Verabfolgung der Höhe sind die Weber und Weberinnen bei der Firma Pongu u. Sohn in Biersen ...

...Der Ausstand der Spinner und Weber bei der Firma Spohn in Redersdorf ist aufgehoben worden. Es gelang vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts, eine für beide Teile ...

...Die internationale Kräfte. Die Budapest Mühlenfirmen haben mit Rücksicht auf die in den letzten Monaten erlittenen Verluste ...

...Drohender Konflikt. Der Konflikt zwischen den Grabenbesitzern und Bergarbeitern verursacht durch den Beschluß der Arbeiter, einen möglichen Feiertag inzugewahren, um die Anhäufung der Kohlenvorräte zu verhindern, droht in einen allgemeinen Ausstand ...

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 25. Mai.

Geschichtskalender.

25. Mai.

- 1521 Kaiser wird in die Reichsacht getan. 1881 Entscheidende Niederlage der Polen bei Ostrolenka. 1907 Beginn der südfrensischen Wingerdemonstrationen.

* Freisinnige und Konservative in Breslau.

Während die „Breslauer Zeitung“ fortfährt, unsere Mitteilungen über das geplante Kompromiß zwischen der liberalen und der konservativen Partei in Breslau mit drölligen Schimpfkanonaden zu begleiten, nimmt in ihrer Sonntagsnummer auch die „Bresl. Morgenzeitg.“ das Wort, um diese Absichten wenigstens für die freisinnige Partei zu bestreiten. ...

Von der ersten konservativen Wählerversammlung im Anfang Mai brachte der „Breslauer General-Anzeiger“ folgenden Bericht:

Im „König von Ungarn“ hielt der deutsch-konservative Verein eine Versammlung ab, in der Justizrat Grünher unter Hinweis auf die bevorstehenden Landtagswahlen, über das Verhältnis der politischen Parteien in Breslau sprach. ...

Aus aller Welt.

Furchtbarer Absturz eines Ballons. Aus Dalland (Kalifornien) wird gemeldet: Eine furchtbare Ballonkatastrophe ereignete sich hier anlässlich der ersten Fahrt des lenkbaren Wasserluftschiffes „Morell“ mit einem Inhalt von 500.000 Kubikfuß Gas. ...

Ueber die Ursache des Morell'schen Ballonunglücks wird weiter gemeldet: In einer Höhe von 300 Fuß vom Erdboden platzte ein Gasbehälter. Der „Morell“ begann zu sinken, anfangs so langsam, daß eine ungefährl. Landung für die Insassen möglich schien. ...

Das Bahnunglück in Belgien. Die Opfer der Bahnkatastrophe bei Comth sind mit Ausnahme von zwei nunmehr identifiziert. In beiden noch nicht erkannten Leichen sind im Bahnhofs Comth ausgegraben, wo sich noch immer viele Personen einfanden, um die Leichen zu besichtigen. ...

Nach diesem Bericht hatten also die Freisinnigen ein konservatives Liebeswerben zurückgewiesen, sie standen unmaßfakt da. Nun fand aber einige Tage später, am 8. Mai, im Kaufmannshaus, eine nationale liberale Wählerversammlung statt, über welche die „Schlesische Zeitung“ am 9. Mai folgenden Bericht veröffentlicht, der sich auf die obige Notiz des „Generalanzeigers“ bezieht:

„In der Debatte las Taubstummenlehrer Zietke einen Bericht des Breslauer General-Anzeiger“ über die letzte Versammlung des Deutschkonservativen Vereins vor, monach Justizrat Grünher das Scheitern seiner Verhandlungen mit den Freisinnigen damit begründet haben sollte, daß die Freisinnigen den Deutschkonservativen keinen eigenen Kandidaten hätten aufstellen wollen. ...

Hier stellt also der liberale Herr Zietke, der die Wahlflugblätter für Kapuste, Gürich und Walsch unterzeichnet, fest, daß „man den Deutsch-Konservativen einen Kandidaten aufgestellt habe. Er stellt zweitens fest, daß der freikonservative Grünher dieses Zugeständnis gar nicht bestritten hätte. ...

Warum gibt man nicht ein klares Bild der wirklichen Verhandlungen in dieser Sache? Wenn ihr reinen Wein trinkt, so schenkt ihn ein! Die aufgeregten Fischweiber im Börsenblatt machen die Sache durch ihr Gebelzer nur verdächtiger!

Freie Vereinigung der Ortskrankenkassen Schlesiens.

(Ihre bedrohte Existenz)

In den Unions-Festtagen in Breslau tagte am Sonntag die ordentliche Jahresversammlung der Ortskrankenkassen der Provinz Schlesien. Der Vereinigung gehören zur Zeit 22 Breslauer und 31 Kassen der Provinz an, die zusammen einen Mitgliederbestand von 117.000 aufweisen. ...

Die freie Vereinigung der Ortskrankenkassen Schlesiens ist laut Erlass des Ministers vom 24. März 1895 als Kassenverband im Sinne des § 46 des Krankenversicherungsgesetzes nicht anzuerkennen. Die einzelnen Kassen wurden angehalten, der Aufsichtsbehörde binnen einer bestimmten Frist anzugeben, in welcher Weise sie die Mittel für die Vertretung aufzubringen gedenken. ...

Witten von den Bäumen und überschwemmten Anwesen und Straßen. Auf dem Plateau der Kartant, wo gerade das zweite Rheinische Feldartillerie-Regiment Nr. 23 beim Exercieren war, wurden die Pferde der zweiten Batterie, die gerade abgerückt hatte, ...

Über Unwetter im Rosenthal meldet ein Telegramm aus Trier: Ein schweres Gewitter mit Wolkenbruch und schwerem Hagel schlug in der Rosenthal und in den Seitentälern großen Schaden an. ...

Das Trier meldet ein Telegramm: In einer Gruppe von Arbeitern und Arbeiterinnen der Weinbrennerei Cörig schlug der Blitz ein, tötete zwei Mädchen und verletzte zwei Männer schwer.

Das Bern (Schweiz) wird gemeldet: Nach wehrlosiger sommerlicher Wärme ist am Freitag und Sonnabend ein böiherer Schneeeinsturz eingetreten, der einen großen Schneesturz in einen großen Teil der schweizerischen Hochgebirge des Jura und der Alpen im Gefolge hatte. Die Fernsprechleitungen waren zerbrochen, ...

versichert ein Antwerpener Blatt, die Schuld des Weichenkellers erwießen ist, so sind doch noch andere Schuldige vorhanden. Man spricht von der bevorstehenden Verhaftung zweier Beamten. Die Untersuchung hat ergeben, daß Weichen, sowie auch einige Verletzte nach der Katastrophe beraubt worden sind.

Die Untersuchung über die Eisenbahnkatastrophe bei Comth hat zur Verhaftung des Werkführers Sam geführt, welcher die Leitung der Reparaturarbeiten an den Weichen des Bahnhofs vorgenommen hatte. Ein weiterer Verletzter ist seinen Wunden erlegen. Ferner wurde ein Wäder, der sich zur Zeit der Katastrophe in dem Weichenzug befand, plötzlich wahnsinnig und mußte ins Irrenhaus übergeführt werden.

Explosion in einer Zuckerraffinerie. Aus Paris meldet ein Telegramm: In der Zuckerraffinerie Say ereignete sich eine Explosion. 42 Arbeiter und Arbeiterinnen wurden verletzt, darunter elf sehr schwer. Der Materialschaden ist bedeutend. Die Ursache der Explosion soll darin zu suchen sein, daß Zuckersaft durch einen elektrischen Funken in Brand geriet und dadurch die Entzündung von Gas verursacht wurde.

Kleine Chronik. Schwer verunglückt ist Sonnabend Abend ein unbekannter Arbeiter als er in einen schon in Fahrt befindlichen Berliner Ringbahnzug einsteigen wollte. Er rutschte dabei aus und geriet mit dem Oberkörper zwischen Trittbrett und Perron. Es gelang bald, den Zug zum Stehen zu bringen und den Mann aus seiner furchtbaren Lage zu befreien. Ein anwesender Arzt stellte fest, daß dem Unglücklichen die Wirbelsäule gebrochen wurde. ...

haben, die nicht mit jeder einzelnen Klasse sondern nur mit der Gesamtheit der Klassen unterhandeln. Bei einer provinziellen Vertretung sei es nicht möglich, daß alle Klassen ein und derselben Ausschreibungsbehörde unterstehen, eine solche Vereinigung sei aber durchaus notwendig. Es wird ferner bemerkt, daß die Ausgaben für Vertretung z. sehr gering sind, noch nicht 1 Pfg. pro Mitglied und Jahr. Der Minister hat das Gesuch abschlägig entzogen.

Vorher in die Verhandlung über diese Angelegenheit eingetreten wurde, regte der Vertreter der Fabrikarbeiterklasse Wittmann die Frage an, ob unter den gegebenen Umständen die Vereinigung noch lebensfähig bleiben könne und es nicht besser wäre, sie aufzulösen. Die Provinz scheint nicht den nötigen Ernst für die Sache zu haben. Für Breslau sei die Vereinigung nicht gerade nötig, weil hier eine Zentralkommission gegründet worden ist. Der Herr Hansel steht auf demselben Standpunkt; gewiß wäre die Auflösung sehr zu bedauern, wenn aber die Provinz untätig bleibt und sich den Intentionen nicht anpaßt, wie sie von der Vereinigung ausgehen, dann sei sie eben nicht lebensfähig. Kreisler erwidert, daß die Intentionen nicht anpaßt, wie sie von der Vereinigung ausgehen, dann sei sie eben nicht lebensfähig. Kreisler erwidert, daß die Intentionen nicht anpaßt, wie sie von der Vereinigung ausgehen, dann sei sie eben nicht lebensfähig.

Nach weiterer Beratung wurde beschlossen, in aller nächster Zeit eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen, die sich ausschließlich mit der Frage der Auflösung oder Weiterbestehen der Vereinigung befaßt. Da die wichtigsten Punkte der Tagesordnung mit dieser Frage in Zusammenhang stehen, werden sie bis zur Entscheidung über Auflösung abgesetzt.

Wurden sodann noch über wichtige Klassenfragen die Erklärungen ausgetauscht. Der Vertreter für Gödlich wünschte zu wissen, wie sich die Klassen gegenüber der Landesversicherungsanstalt verhalten haben. Gemäß § 18 des Invalidenversicherungsgesetzes sind die Landesversicherungsanstalten berechtigt, das Verfahren für Versicherte, die zu einer Krankheit sich neigen, in Anwendung zu bringen. Die Krankenkassen werden aber zu Leistungen, wenn es sich um Klassenmitglieder handelt, herangezogen. Der Breslauer Bezirksausschuß habe jedoch entschieden, daß die Klassen zu Leistungen nur verpflichtet werden können, wenn die Patienten bereits arbeitsunfähig bei Uebernahme zum Heilverfahren sind. Er wünscht daher zu wissen, ob die Klassen sich auf die Entscheidung berufen und danach können. Wittke erwiderte, daß den Entscheidungen des Bezirksausschusses eine Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts im entgegengelegten Sinne entgegensteht. Zu wünschen sei es, daß der betreffenden Klasse Mitteilung gemacht würde und nicht, daß man Mitglieder einfach ins Heilverfahren nimmt und die Klassen begählet. Inwiefern glaubt er, daß sich auf gütliche Weise eine Regelung in dieser Sache erzielen lassen. Es wurden noch andere Klassenfragen erörtert, worüber Peterhansel Auskunft gab. Kreisler, Kohn und andere Redner erblickten in der gegenseitigen Aussprache über solche wichtige Dinge gerade die Notwendigkeit des Weiterbestehens der Vereinigung.

Kein Nepotismus, keine Gesinnungsprämierung in Preußen? In den freimüthigen Blättern Breslaus wird eine Polemik gegen den von uns bereits abgefertigten Stadt. Stein ausgetragen. Dabei greift man zu selbstigen Mitteln. Die „Morgenzeitung“ z. B. macht sich die Meinung eines, wie es scheint, konservativen Beamten zu eigen, der u. a. behauptet: In Preußen sei es nicht möglich, daß ein Beamter „ohne nachgewiesene Befähigung in höhere, besser bezahlte Stellen aufrücken“ könne! Jeder könne (in Preußen!) „in seiner Laufbahn nur soweit kommen, als seine Fähigkeiten reichen.“ Wörtlich! Man sollte doch auch in der Hitze des Wahlkampfes soweit nicht gehen. Gerade die „Morgenzeitung“ hat bisher gegen die Art, wie in Preußen die nichtswürdigste Streber ihren Lohn findet und die Fähigkeiten durch die politische Gesinnungstüchtigkeit ersetzt wird, tapfer losgewettert. Sie sollte auch dem Gegner gegenüber diese unangenehme Eigentümlichkeit Preußens, die längst europäische Berühmtheit erlangt hat, nicht leugnen wollen.

Mehr Arbeiterinnenschutz! In Friedebald liegt die Schottländer'sche Dampfziesel, eine der größten Ziegeleien in der Umgebung Breslaus. Auch dieser Betrieb leidet unter der Krise. Anstatt nun die Gefangenenbeschäftigung aufzuheben oder die Galizier nach ihren heimatischen Gefilden zu senden, hat man die Zahl der einheimischen Arbeiter beschränkt und läßt Männerarbeit durch weibliche Arbeitskräfte verdrängen! In der letzten Zeit haben sich deshalb in dem Betriebe zwei schwere Unfälle ereignet. So berichtete die Frau Mathäa aus Friedebald die schwere Arbeit des Zufahrens der Ziegel. Die schwangere Frau verunglückte dabei derartig schwer, daß sie bald darauf im Krankenhaus verstarb. Sie war Mutter von vier Kindern. Der zweite Unfall ereignete sich in den letzten Tagen. Eine Frau Göppert aus Gumbdalsfeld mußte die Wirtsküchen schließen, eine Arbeit, die früher stets von Männern verrichtet wurde. Dabei fiel die ebenfalls schwangere Frau aus einer Höhe von 3 bis 4 Meter herunter. Die Schwerverletzte mußte etwa eine Stunde liegen, bevor sie per Breterwagen nach Gumbdalsfeld gebracht wurde. Dort erst wurde ihr ärztliche Hilfe zuteil. Nach diesem Unfälle ließ man an der Unfallstelle neue Bretter einziehen, auch wird jetzt wieder diese Arbeit von Männern verrichtet. Diese Fälle einer verkehrten Sparsamkeit durch Herrn Inspektor Dreher sprechen für sich, ein Kommentar würde ihre Wirkung nur abschwächen. Möchten doch die Ziegler und Zieglerinnen bald vollständig den Wert des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses einsehen! Für die Gewerbe-Inspektion aber ist es nötig, gerade diesem Betriebe größere Aufmerksamkeit zu widmen.

Eine konservative Wählerversammlung findet heute Montag Abend im Konzerthaus statt. Wir verzeichnen dieses Faktum? aus dem Anschlag: „Eingeladen sind alle nichtsozialdemokratischen Wähler!“ Darin liegt für uns eine ganz unerwartete Respektbezeugung. Es war bisher zwar nicht die Gepflogenheit preussischer Majore, gegen den Feind zu stehen, wenn er nicht dabei ist und Siege über die Abwesenden zu erklämpfen, aber Herr Stroher

mit seinen treuen Kollegen scheint diese Art der Tapferkeit vorzuziehen. Vielleicht sucht er sich hinter die Ausrede vom „Terrorismus“ der Sozialdemokraten zu verbergen. Das würde immer eine schlechte Ausrede bleiben, denn gerade in Breslau ist seit sechs Jahren der Beweis geführt, und zwar in der „Gesellschaft für soziale Reform“, daß alle Sozialdemokraten sachlich und schneidig zu diskutieren verstehen, niemals hat es hier oder in anderen Versammlungen irgend welche Zusammenstöße gegeben.

Da in besagter Gesellschaft auch konservative und liberale Parteifreunde des Herrn Stroher sitzen, kann er sich das bestmögliche lassen. Aber auch im Wahlkampfe selbst — bei der Nachwahl 1902 — ist es liberal gut gegangen mit Ausnahme eines Falls, wo Pastor Mitschke die Arbeiterschaft mit der Schnapsflasche in Verbindung brachte und so die Empörung der anwesenden Freisinnigen und Sozialdemokraten hervorrief. Wegen des ruhigen Verlaufs sind also unsere tapferen Gegner sicher nicht unter sich geblieben, sondern wahrscheinlich in der Erkenntnis, daß sie sich von der Schlagkraft der sozialdemokratischen Beweisführungen zu fürchten haben. Vielleicht auch in dem Bewußtsein, daß bei Sozialdemokraten der Sumpf der Ausschüchtlung ist, weil bei ihnen die Ueberzeugung zu fest in der Mannesbrust wurzelt! Doch mögen seine Argumente sein, welche sie wollen, eins steht fest: Der Herr Major und seine Adjutanten fürchten sich!

Freisinniger Wahlauftritt. Am schwächlichsten in seiner Gegenwehr steht unter den politischen Parteien Breslaus der von zwei Seiten her arg bedrängte Freisinn. In einem eigenen Flugblatt hat er es bis zur Stunde noch nicht gebracht, statt dessen verbreitet er an den Ecken eines Berliner Wahlauftrages gegen die Konservativen, der für Schleien schlecht paßt, weil der Freisinn in Kattow und Gleiwitz selbst für konservative Kandidaten, in fast allen anderen schlesischen Kreisen für nationalliberale stimmt.

Das am Sonnabend besprochene nationalliberale Flugblatt wurde sogar sozialdemokratischen Wahlmännern mit der Bitte um Weiterverbreitung zugestellt. So unvorsichtig sollte man sich seine Vertrauensmänner nicht wählen!

Die Preisverteilung in der Ausstellung am Frieberg am Sonnabend Mittag bot ein gar trübliches Bild. Die ganze Hilfslosigkeit und Unbeholfenheit der Veranstalter, die sich einer solchen Aufgabe nicht im geringsten gewachsen zeigten, kam nochmals zur vollen Geltung. Fast eine Stunde nach der festgesetzten Zeit waren die eingeladenen Gäste noch nicht alle da — es waren nämlich die „wichtigsten“ einzuladen vergessen worden. Als dann endlich der Vorsitzende des Mietervereins, Doktor Neustadt, seine Rede begann, standen um ihn auf der Treppe (einen primitiveren Festplatz schien man auch diesmal nicht gefunden zu haben) zwei Duzend Verkäufer, Ladenräufler, Kaufungen und Pressevertreter herum. In der Ansprache des Dr. Neustadt war neben den Bemerkungen vom „Lohn der Arbeit“ auffallend viel davon die Rede, daß die Preisrichter „völlig unparteiisch“ und „nach bestem Wissen und Gewissen“ die Leistungen bewerten und „ohne Ansehen der Person“ geurteilt hätten. Wozu die besonders laute Betonung? Ist das nicht selbstverständlich, daß Preisrichter ohne Ansehen der Person urteilen?

Dann ging die Preisverteilung vor sich. Es wurde eine lange Reihe von Namen verlesen, und dazu bemerkt, daß ihre Träger die goldene, silberne oder bronzene Medaille erhalten hätten. Namen, nichts als Namen. Nicht einmal angedeutet war, wofür sie die Auszeichnung erhalten hatten. Fast alle, die Dinge ausgestellt hatten, die mit dem Zweck der Ausstellung nichts zu tun haben, sind bedorrt worden. Die aber, die glaubten, in erster Linie dem Zweck der Ausstellung gedient zu haben, gingen leer aus — und schimpften. Schwamm drüber.

Die Mitteilung der „Volkswacht“, daß die Polizei sich eingemischt hat und daß Protest eingelegt worden ist, wird von der „Breslauer Zeitung“ bestritten. Das besagt bekanntlich nichts und selbst wenn es von zuverlässiger Seite bestritten werden sollte: Was die „Volkswacht“ geschrieben, ist richtig. Im übrigen ist heute Schluß der „Ausstellung“ und die Akten darüber können getrost geschlossen werden.

Wieder ein staatsgefährliches Gewerkschafts-Plakat. In dem Gastzimmer des D. Heintz'schen Restaurant in Kobornig, wo fast ausschließlich Arbeiter verkehren, hängt neben Reklameplataten, Aushängen, Kaiserbildern zc. auch eines der bekannten Plakate des Fabrikarbeiterverbandes. Dieses harmlose Plakat hat es jetzt dem dortigen Ortsgendarmen angetan. Als er am Sonntag Vormittag in einer dienstlichen Angelegenheit die Gaststube betrat, las er recht eingehend den Inhalt, der zum Eintritt in den Verband auffordert und die Unrechte der Mitglieder an die Organisation schildert. Plötzlich stellte er den Gastwirt vor den anwesenden Gästen zur Rede, indem er fragte, wer jenes Plakat ausgehängt habe. Herr Heintz flüchte. Sofort meldete sich ein als Gast anwesender Breslauer Ortsbeamter dieses Verbandes als der „Täter“. Doch mit ihm wollte der Gendarm nichts zu tun haben. Draußen empfahl er dann dem Gastwirt, das Plakat zu entfernen. Formell sind diese Staatsretter leider im Recht. Das vor Altersschwäche bereits müffig gewordene Plakatgesetz erlaubt ihnen derartige Späße. Im Reichstage ist erst vor wenigen Monaten ausdrücklich regierungsgünstig versprochen worden, bei der Bekämpfung staatsgefährlicher Plakate loyal zu verfahren. Aber wenn so ein Gendarm ein Plakat für besonders staatsgefährlich hält, kann kein Minister etwas dagegen machen.

Um Pastor Mitschke zur Wahrheitsliebe anzuhalten, haben ihm die acht sozialdemokratischen Stadtverordneten von Magdeburg folgende Verurteilung geschickt:

Der Artikel „Sozialdemokratische Gesinnungslosigkeit“ in Nr. 130 Ihrer Zeitung gibt uns zu der wiederholten Erklärung Anlaß, daß Ihre, von Ihrem Gewerkschaftsmann kürzlich ertheilte eingedruckte, und betreffende Behauptung erfunden ist. Ihre dreifache Ausweisung unserer Wahrheitsliebe zeigt, daß Sie nicht daran denken, in Fragen des Gewerkschafts-

zureden. Ihr Gewerkschaftsmann mag denjenigen von uns nennen, der von ihm erwähnten Vorfall gemacht hat. Das weitere wird sich dann finden.

Man wird nun beobachten können, wie weit der Sägenpeter der „Schl. W.-Ztg.“ seine Dreifügigkeit zu treiben wagt.

Renner des preussischen Wahlrechts. In einem hiesigen liberalen Blatt finden wir folgende Notiz:

Ein Wahlkuriosum ist aus Charlottenburg zu berichten. Von dort verzog ein Wähler nach dem benachbarten Wilmersdorf. Der Wähler hatte zur Folge, daß ihm von Seiten des Charlottenburger Magistrats mitgeteilt wurde, sein Name sei aus der Wählerliste gestrichen, weil er seinen Wohnsitz nicht mehr im Wahlbezirk Charlottenburg habe. Um sein Wahlrecht nicht zu verlieren, wandte sich der betreffende Herr an die Behörde in Wilmersdorf mit der Anfrage, ob er auch in die Wählerliste eingetragen sei; zu seinem großen Erstaunen erhielt er die Antwort, daß eine solche Eintragung nicht erfolgen könne, weil er noch nicht sechs Monate in Wilmersdorf wohne. Der betreffende Herr geht also auf diese Weise, wenn nicht noch in letzter Stunde Remede geschaffen wird, ohne sein Verzeichnis seines Wahlrechts zu verlieren. Wenn ein Bürger aus einem Ort zum anderen zieht, wird man eine derartige negative Behandlungsweise der Behörden betreffend die Eintragung von Steuern wohl nicht zu beobachten haben.

Dem Herrn in Wilmersdorf, der offenbar der potenten Klasse angehört, paßiert natürlich nur das selbe, was jedem Arbeiter geschehen ist, die in den letzten 6 Monaten seinen Wohnsitz verlegen mußte. In Breslau allein gibt es hunderte von Proletariern, der aus diesem Grunde ihr Wahlrecht verlieren. Denn das ist die Wirkung jedes an bestimmte Ortsangehörigkeit gebundenen Wahlrechts, daß alle beweglichen Bevölkerungsklassen dabei ihr Recht verlieren können — und das Zentrum stimmte alle sozialdemokratischen Anträge auf Aenderung dieses Unrechts mit nieder.

Selbstmord? Im gestrigen Sonntag Nachmittag wurde in den Obernigler „Sitten“ ein Gewerkschafts-Wahlmeister erschossen aufgefunden. Neben der Leiche lag ein abgeschossener Revolver. In den Taschen des Toten wurde eine Barchast von 500 Mk. vorgefunden; der Wahlmeister wollte gar Erholung dort.

Beim Baden ertrunken. Das Baden am unerlaubten Orten hat wieder einmal ein Menschenleben gekostet. In der Nacht zum Sonntag ist der auf der Kobergasse 6 wohnhafte Arbeiter Richard Gabriel beim Baden in der Oder an der Pflasterinsel ertrunken. Hilfe konnte dem Manne nicht gebracht werden, er wurde vom Stromte fortgerissen. Die Leiche konnte bis jetzt noch nicht geborgen werden.

Feriensonderzüge. Zur Erleichterung des Ferienverkehrs werden von Breslau aus wieder Sonderzüge nach den schlesischen Gebirgen abgefahren. Für welche Fahrarten mit zweiwöchiger Gültigkeit zu bedeutend ermäßigten Preisen ausgegeben werden.

Am 3. Juli, am Tage des Schlußfestes, gehen Mittags zwei Züge nach dem Riesengebirge, der erste nach Schreiberhau, der zweite nach Schmiedberg und Arumshäbel.

Am 4. Juli früh ein Zug nach Schreiberhau und Frieberg und nach Schmiedberg und Arumshäbel.

Am 4. Juli gehen vier Züge nach den Stallwäldern Glah, einer nach Witzke, einer nach Seibitz, einer bis Müders und einer nach Rudowa und Sattau.

Nach dem Altbatergebirge (Regenwald-Kampan) wird am 4. Juli ein Zug abgefertigt.

Nach den Ostseegebirgen gehen, wie bereits früher mitgeteilt, zum Teil von Oberschlesien, zum Teil von Breslau aus fünf Sonderzüge am 4., 5. und 6. Juli ab:

Am 4. Juli früh 6 Uhr von Wroslowitz nach Kolberg.

Am 4. Juli Morgens 8 Uhr von Breslau nach Kolberg.

Am 5. Juli von Wroslowitz nach Heringsdorf, Wismar und Gammeln. Zu diesem Zuge werden, falls nicht alle Plätze in Oberschlesien besetzt werden, auch Karten in Breslau ausgeben. Der Vorverkauf in Breslau würde dann voranschreitlich nach Abschluß des ober-schlesischen Verkehrs am 3. und 4. Juli stattfinden.

Am 6. Juli, Morgens 8 Uhr geht ein Zug von Breslau nach Heringsdorf.

Am 6. Juli soll außerdem um 7 Uhr 48 Minuten Vormittags ein Zug nach Admagsberg und Joppot abgefahren werden.

Aus Schlesien und Posen.

Kolmar, Czernikau, Gletzne.

Die Erskwahl zum Reichstage findet am 30. Juni statt. Die Wählerlisten liegen vom 1. bis 8. Juni zur Einsichtnahme öffentlich aus. Für alle Genossen ist es notwendig, in der bezeichneten Zeit die Wählerlisten einzusehen.

Ein Drama in der Kaserne.

Einem Nordverzug unternahm am letzten Freitag Nachmittag gegen 4 Uhr der etatsmäßige Subalt Sergeant Wilsch von der ersten Kompanie des 46. Infanterieregiments in Posen gegenüber seinem Feldwebel Krax. Ueber die Vorgänge, über die größte Heimlichkeit bewahrt wurde, erhalten wir nachstehende Einzelheiten. Zwischen den beiden bestand schon längere Zeit ein gespanntes Verhältnis, weil Wilsch von Krax des öfteren zur Anzeile gebracht worden war. Die Feindschaft scheint bei Wilsch den Entschluß gereift zu haben, den Feldwebel heillos zu schaffen, denn am Freitag ging Wilsch nicht zum Dienst, vielmehr trieb er sich vom Morgen ab in verschiedenen Lokalen der Stadt herum. In angetrunkenem Zustande lehrte W., der inzwischen von einigen Unteroffizieren und Mannschaften gesucht worden war, nach seiner am Kernerwerk belegenen Kaserne zurück. Er begab sich in das Bureau des Feldwebels, in welchem sich außer diesem noch ein Schreibebesen befand. Als ihm hier der Feldwebel erklärte, daß Wilsch wegen der unerlaubten Entfernung von der Kruppe zur Anzeile gebracht werden müßte, zog letzterer plötzlich einen geladenen Revolver hervor und gab auf Feldwebel's Brust zwei Schüsse ab. Da dieser schnell Besinnung fand, so umgingen beide Schüsse fehl. Hierauf richtete Wilsch die Waffe gegen sich selbst und jagte sich eine Kugel in den Kopf. Das Geschick glückte indessen am Stirnhirn ab und der Leiche Wilsch's standers schwer, sodas dieser in kurzer Zeit wieder hergestellt werden und vor das Kriegsgericht wegen Mordbetrübs gestellt werden dürfte.

— In Schlesien, 22. Mai. Auf die Verurteilung der Firma Schall von 30. Mai in der Zeitschrift unter Schlesien hat unser Berichterstatter folgenden zu schreiben:

I. Die Firma erklärt es für unmöglich, daß sie die Adressen der für die Arbeit des Hagens von Arbeitern nicht bezahlt. Gerade dieser Punkt ist es, der beim Streik 1907 von der Firma abgelehnt wurde. Die Arbeiter fordern das Behalten des Hagens im Kegel und die dadurch entfallenden Mauersteine sollten der Firma gehören. Heute ist es das Gegenteil; die Firma bezahlt die Mauersteine und fordert die Arbeiter etwas Vergütung für die Bearbeitung des schlechten Materials oder der Spannung, dann erklärt der Arbeitermeister bei der Abnahme: Was wollen Sie denn, dafür werden Sie guten Hagen bekommen. Bei derartigen Arbeiten ist es der Fall, daß auf den Tag 3 bis 5 Stunden vergütet werden.

II. Die Firma bestreitet, der Steinbruchkommission nichts bekannt gemacht zu haben. Als die Firma Schall an den Magistrat ein Gesuch einreichte betreffs Sprengungen am Wäldchen, entfiel eine lebhaftige Debatte in der Stadtverordnetenversammlung. Es wurde angeführt, daß erst der ganze Berggraben vom Wäldchen bis zum unteren Aufzuge weggearbeitet werden soll. Herr Hartling ergreift hierzu das Wort und sagt, der erwähnte Hügel sei viel mit weichen Ädern durchzogen, das Gestein demnach schlechter und da ziehen sich die Arbeiter nach der Mitte des Bruches, wo sie mehr verdienen. Hartling ist Mitglied der Steinbruchkommission. Von wem mußte er denn, daß die Leute dort nicht arbeiten wollen und weniger verdienen, wie die in der Mitte? ?

III. Mitrd. Die Geschäftsfahrt unter den Arbeitern nicht gefördert, wenn man Leuten, die sich Monate lang quälen, dann die Lage stellt über an andere abgibt, die angeblich mehr fertig bringen? ?

IV. Es wird ferner bestritten, keinen Raubbau zu treiben. Schon beim Ausschleichen des Grabens im Steinbruch wurde in der Stadtverordnetenversammlung von Raubbau und Ausbeutung gesprochen. Herr Hartling begründete das Ausschleichen zum Zwecke der Abwehrung des Bruches (bei Regenzeit), damit die Leute im Graben sitzen. Daraufhin wurde die Schwedebahn über den Graben gebaut zur schnelleren Herausförderung von Steinen. Am 18. Juli und 6. August 1908 wurde das Gestein des Obergrabens abgefahren in der Stadtverordnetenversammlung. Der Magistrat beschloß, mit der Kommission die Sache auf sich beruhen zu lassen. Was ein Fremder begünstigt, darüber urteilen die 400 Geschäftsführer Arbeiter ganz anders. Sollte Herr Schall zu Punkt I und II nicht genügend informiert sein, dann sind etwaige Vorkommen auf Konto der Beamten zu schreiben, die ihn über die Unzufriedenheit und Wünsche der Arbeiter nicht in Kenntnis setzten.

Wanglau, 25. Mai. Ein schwerer Raubmord ist, wie aus ein Privattelegramm selbst, Sonntagabend Abend in Klitzschendorf verübt worden. Als dort der Aufseher Klitzschendorf, der 1800 Mark bei sich trug, zur Arbeitstätte gehen und den Arbeitern die Löhne auszahlen wollte, wurde er von einem ausländischen Arbeiter, einem Lehrling des Untertuners, hinterhältig erschlagen und seiner Bursche beraubt. Der Mörder wurde bald darauf verhaftet.

Die Tat geschah in der Wehrer Heide. Altmann hatte am Vormittag auf dem Fürstlich Sondershagen'schen Rentamt in Klitzschendorf 1800 Mark Lohngehalt zur Ueberweisung nach der Föhrer'schen Pech- und in Empfang genommen, ist mit dieser Summe auf dem Wege um 11 1/2 Uhr Vormittags abgefahren, aber nicht zum Ziel gekommen. Infolge seines Nichtertriffens begaben sich zwei Förster auf die Suche nach ihm und fanden ihn gegen 4 Uhr Nachmittags mitten im Forste, etwa 17 Meilen von dem Schnittpunkt zweier Fußwege entfernt, tot und das Gesicht dem Boden abgedrückt. — Nach einer weiteren Untersuchung am Klitzschendorf ist der verhaftete Mörder der Waldbauarbeiter Franz Kögel aus Radlitz, Kreis Groß-Strehlitz, der gegenwärtig in den Forsten bei Köhlitz arbeitet.

Glogau, 25. Mai. Die hiesigen Fleischermäster haben beschlossen, vom 1. Juni ab ihre Geschäfte um 8 Uhr abends mit Ausnahme der Sonnabende zu schließen. — Von seinem eigenen Wagen überfahren und getötet wurde in Oberau der Sandhüter Hermann Lange. Der Wagen ging dem Unglücklichen, der die schwebenden Pferde beruhigen wollte, über den Kopf. Die Leiche wurde mit geräumtem Schädel am Chausseerande gefunden.

Stein a. O., 25. Mai. Aus der Ober gezoogen wurde die Leiche des 13jährigen Sohnes des Kaufmanns Rudolph, der beim Fahnenfahren das Gleichgewicht verloren und den Tod in den Wellen gefunden hatte.

Silberberg, 25. Mai. Die Bauarbeiten sind, nachdem 20 Jahre keine Neubauten aufgeführt wurden, jetzt wieder im Gange. In den letzten Jahren wurden drei Neubauten und fünf Umbauten ausgeführt; in diesem Jahre verdoppelt sich die Zahl.

Friedberg a. D., 25. Mai. Von der Quai- talpferre. Das mit 10 Millionen Kubikmeter gefüllte Stauden der Quai- talpferre bietet gerade jetzt zur Frühlingszeit entzückende Landschaftsbilder, wie man sie nur selten findet. Sehr interessante Hochwasser-Abflußversuche bis zu 140 Kubikmeter in der Sekunde zur Probe der neu eingeführten Schieber in den Stollen und zur Feststellung etwaiger Schwächen — Versuche wie sie schon mit Hilfe der Seismographen seit Beginn dieses Jahres von einem Berliner Professor angestellt werden — stehen für Mitte Juni bevor. Eine besondere Kommission mit den Spitzen der Provinzialbehörden, trifft zu diesen Versuchen hier ein. Der neue dritte Kanalstollen auf der Reiberger Seite ist bereits bis zu etwa 70 Meter ausgegraben. Seitens der Provinz wird auch beabsichtigt, auf dem Stauden eine Wehrbauwerke einzurichten, sobald es dann möglich ist, das ganze Stauden bis zur Wehrburgbrücke hin in einer Länge von über 3 Kilometern zu befestigen.

Kattowitz, 25. Mai. Einen Selbstmordversuch machte der russische Eisenbahneroffizier, der sich hier in Untersuchungshaft befindet. Durch einen Aufseher wurde der Versuch vereitelt.

Kattowitz, 25. Mai. Durch Ueberfahren getötet. Von einem Lastfuhrwerk wurde auf der Chaussee von Kattowitz nach Karbowa das 14jährige Söhnchen, der Bergmanns Respondent aus Karbowa überfahren und getötet.

Gaborsze, 25. Mai. Einen komplizierten Reib- bruch erlitt der Hüller Esau auf dem Hügel der Königin Quinggrube, dadurch, daß er beim Wiederabfahren durch herabfallende Kohlenmassen teilweise verdrängt wurde.

Königsgrube, 25. Mai. Tod eines. Im Verlaufe eines Streiks wurde der 19jährige Hüttenarbeiter Fabian von dem leistungsfähigen Grabenarbeiter Kusli durch einen Messerschlag in den Hals getötet.

Königsgrube, 25. Mai. Sozialdemokratischer Verein. In der letzten Mitglieder-Versammlung, die sehr gut besucht war, referierte Genosse H. v. L. über die politische Lage. Die Referate, die diesmal sehr gut waren, wurden von den Mitgliedern mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Die Referate wurden durch den Vorsitzenden, der die Versammlung leitete, mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Die Referate wurden durch den Vorsitzenden, der die Versammlung leitete, mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Die Referate wurden durch den Vorsitzenden, der die Versammlung leitete, mit großer Aufmerksamkeit verfolgt.

In Bromberg zur öffentlichen Kenntnis, daß in folgenden Kreisen des Reichsmaßregeln Bromberg: „Hobensalza, Streino, Wogolino Kinn, Wogrowitz, Ouen und Wistomo“, während der ersten 20 Jahre nach dem Inkrafttreten des Reichsvereinsgesetzes der Wistomo-Verband der polnischen Sprache in öffentlichen Versammlungen gestattet ist.

Neuhausen O., 22. Mai. Sozialdemokratischer Verein. Eine außerordentliche Mitglieder-Versammlung tagte am

16. Ziehung 5. Klasse 218. Königl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 21. Mai 1908, nachmittags.

Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

50000	50001	50002	50003	50004	50005	50006	50007	50008	50009	50010	50011	50012	50013	50014	50015	50016	50017	50018	50019	50020	50021	50022	50023	50024	50025	50026	50027	50028	50029	50030	50031	50032	50033	50034	50035	50036	50037	50038	50039	50040	50041	50042	50043	50044	50045	50046	50047	50048	50049	50050	50051	50052	50053	50054	50055	50056	50057	50058	50059	50060	50061	50062	50063	50064	50065	50066	50067	50068	50069	50070	50071	50072	50073	50074	50075	50076	50077	50078	50079	50080	50081	50082	50083	50084	50085	50086	50087	50088	50089	50090	50091	50092	50093	50094	50095	50096	50097	50098	50099	50100
-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------

Wittstock, den 20. d. Mts. im Gewerkschaftshaus zu Wittstock. Zunächst hielt Genosse H. v. L. eine sehr interessante Referate über die politische Lage und die wirtschaftliche Lage des Reichs, worauf das Statut einstimmig nach dem Vorschlag des Vorstandes betreffs des monatlichen Beitrags von 10 Pf. für weibliche Mitglieder angenommen wurde.

50101	50102	50103	50104	50105	50106	50107	50108	50109	50110	50111	50112	50113	50114	50115	50116	50117	50118	50119	50120	50121	50122	50123	50124	50125	50126	50127	50128	50129	50130	50131	50132	50133	50134	50135	50136	50137	50138	50139	50140	50141	50142	50143	50144	50145	50146	50147	50148	50149	50150	50151	50152	50153	50154	50155	50156	50157	50158	50159	50160	50161	50162	50163	50164	50165	50166	50167	50168	50169	50170	50171	50172	50173	50174	50175	50176	50177	50178	50179	50180	50181	50182	50183	50184	50185	50186	50187	50188	50189	50190	50191	50192	50193	50194	50195	50196	50197	50198	50199	50200
-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------

16. Ziehung 5. Klasse 218. Königl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 21. Mai 1908, nachmittags.

Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

50201	50202	50203	50204	50205	50206	50207	50208	50209	50210	50211	50212	50213	50214	50215	50216	50217	50218	50219	50220	50221	50222	50223	50224	50225	50226	50227	50228	50229	50230	50231	50232	50233	50234	50235	50236	50237	50238	50239	50240	50241	50242	50243	50244	50245	50246	50247	50248	50249	50250	50251	50252	50253	50254	50255	50256	50257	50258	50259	50260	50261	50262	50263	50264	50265	50266	50267	50268	50269	50270	50271	50272	50273	50274	50275	50276	50277	50278	50279	50280	50281	50282	50283	50284	50285	50286	50287	50288	50289	50290	50291	50292	50293	50294	50295	50296	50297	50298	50299	50300
-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------

50301	50302	50303	50304	50305	50306	50307	50308	50309	50310	50311	50312	50313	50314	50315	50316	50317	50318	50319	50320	50321	50322	50323	50324	50325	50326	50327	50328	50329	50330	50331	50332	50333	50334	50335	50336	50337	50338	50339	50340	50341	50342	50343	50344	50345	50346	50347	50348	50349	50350	50351	50352	50353	50354	50355	50356	50357	50358	50359	50360	50361	50362	50363	50364	50365	50366	50367	50368	50369	50370	50371	50372	50373	50374	50375	50376	50377	50378	50379	50380	50381	50382	50383	50384	50385	50386	50387	50388	50389	50390	50391	50392	50393	50394	50395	50396	50397	50398	50399	50400
-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------